

Thesenpapier zum „Strukturwandel in der Lausitz“

Die Lausitz steht erneut vor einem schwerwiegenden Strukturwandel, den die Menschen vorort nicht zu vertreten haben.

Die Politik in Berlin vernichtet handstreichartig die Zukunft der Region – tausende Arbeitsplätze und sicher geglaubte Einkommen für die Menschen und die Familien in der Lausitz stehen auf dem Spiel. Der Bund ist gefordert schnellstmöglich gegenzusteuern und für den jetzt schon heute eingetretenen Schaden einzustehen.

Die betroffenen Kommunen fordern den Bund aber auch die Bundesländer Sachsen und Brandenburg auf, sich an der Finanzierung eines Konzeptes zur Bewältigung des Strukturwandels in der Lausitz zu beteiligen. Dabei müssen Ziele und Maßnahmen definiert werden, wie der Strukturwandel Arbeitsplätze- und Einkommensverluste kompensiert und wie die Region auf eine andere Zukunft ausgerichtet werden kann.

Das Konzept muss dabei sowohl von Experten als auch unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erstellt werden. Den Bund und die Länder Brandenburg und Sachsen fordern wir auf, die in dem Strukturkonzept „Energiewende Lausitz“ darzustellenden Maßnahmen über ein Sonderprogramm zur Unterstützung eines nachhaltigen Strukturwandels in der Lausitz über mindestens 25 Jahre zu finanzieren und gemeinsam mit den betroffenen Kommunen ein Förder- und Investitionsprogramm aufzulegen. Dabei sollten die Erfahrungen des Strukturwandels anderer Industrieregionen in dieses Konzept mit einfließen (Ruhrgebiet, Saarland, Aachener Steinkohlenrevier etc.).

Die Braunkohle war einst der Auslöser und ist heute Basis und Grundlage für das Leben in den Kommunen der Lausitz, sie ist (noch) ein leistungsstarker Industriezweig Deutschlands. Dringend notwendig ist für die betroffenen Kommunen aber auch, dass der Strukturwandel für die Energieregion Lausitz schon jetzt und dies massiv angegangen werden muss, unabhängig davon, wie lange Braunkohle in unserer Region gefördert, verstromt oder anderweitig genutzt werden wird.

Die Kommunen bekräftigen ihren gemeinsamen Standpunkt zur Fortführung der Braunkohlennutzung und zur Inanspruchnahme des Abbaugebietes 2 des Tagebaus Nochten und des Teilfelds 2 des Tagebaus Welzow Süd.

Zwar sind mit der Fortführung dieser Tagebaue auch Umsiedlungen verbunden, diese wurden jedoch in den zurückliegenden Jahren umfassend und mit großer Beteiligung der Betroffenen vorbereitet. Diese von der Umsiedlung betroffenen Bürgerinnen und Bürger, z. B. in Schleife und Trebendorf haben sich über viele Jahre auf diesen einschneidenden Prozess eingestellt. Die betroffenen Kommunen Schleife und Trebendorf haben hierzu mit dem Bergbautreibenden zur Umsiedlung im Abbaugbiet 1 bereits im Jahr 2008 Grundlagenverträge zur Bewältigung zur sozialverträglichen Umsetzung dieser Umsiedlung vereinbart, sowie Verhandlungen und Endabstimmungen zu den unterschriftsreifen vorliegenden Grundlagenverträgen zum Abbaugbiet 2 getroffen, die auch eine langfristige Perspektive für die Gemeinden Schleife und Trebendorf umfasst.

Der notwendige Strukturwandel für unsere Region bedeutet die vollständige Umgestaltung der zurzeit bestehenden wirtschaftlichen Basis, nämlich der Gewinnung und Verstromung der Braunkohle Vorort. Die gesamte Region benötigt dabei Verlässlichkeit und Perspektive. Basis dafür ist der Erhalt der sicheren Stromversorgung und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze. Gleichzeitig muss eine schrittweise Anpassung der vorhandenen Strukturen an eine neue Einkommensbasis erfolgen.

Dies bedeutet aus Sicht der Kommunen auch den Erhalt vorhandener Arbeitsplätze bei parallelem Aufbau einer neuen wirtschaftlichen Grundstruktur für die Region, um die Lebensgrundlage der Menschen bruchlos absichern zu können. Ein zu schneller Ausstieg aus der Braunkohlenindustrie bedeutet für unsere Region den wirtschaftlichen Ruin und die Gefahr der sozialen Erosion.

Die Bewältigung des Strukturwandels kann nur auf Grundlage von klaren, sicher auch schmerzhaften, in die Zukunft weisenden Szenarien basierenden Konzepten erfolgen, die neben der Begleitung durch Experten auch durch die Vorort lebenden Bürgerinnen und Bürger erstellt werden sollte.

Das Konzept muss künftig auch einen in der Region verwalteten selbständigen Strukturfonds umfassen, der wiederum dazu geeignet ist, notwendige Eigenmittel der Kommunen in andere Förderkulissen zu speisen (z.B. LEADER / EFRE-Mittel).

Das Strukturkonzept „Energiewende Lausitz“ muss möglichst sofort begonnen werden. Schon in der Entstehungsphase müssen wirksam Mittel bereitgestellt werden, um Sofortmaßnahmen angehen zu können.

Dies betrifft einerseits die Absicherung der finanziellen Basis der Kommunen als auch die Absicherung z. B. von Ausbildungsplätzen für Zukunftsbranchen, um ein weiteres Ausbluten der Region durch den Wegzug junger Menschen zumindest eingrenzen zu können. In dem Konzept müssen dann Perspektiven aufgezeigt werden

- wie lange wird die Braunkohle in der Lausitz weiter gefördert und genutzt,
- wie werden die Tagebaue rekultiviert und die Folgelandschaft mit den touristischen Ankerpunkten der Region (Pücklersche Parklandschaft / Geopark Muskauer Faltenbogen) ggf. touristisch nachgenutzt,
- wie können die vorhandenen Industrie- und Energieerzeugungsflächen durch Ansiedlung zukunftsweisender und langfristig stabiler Industriezweige nachgenutzt werden und
- wie werden (Verkehrs-)Infrastrukturen geschaffen, die diese Industrieflächen an nationale und transnationale Märkte schließen.

Dabei muss die Bundesregierung ihre energiepolitischen Entscheidungen in Abstimmung mit dem Freistaat Sachsen mit schon kurzfristig wirksamen Maßnahmen begleiten, da schon die bisherigen Ankündigungen und Entscheidungen zur Energiewende in den betroffenen Kommunen in der Lausitz existentielle Auswirkungen nach sich gezogen haben und weiter nach sich ziehen werden.

Hierzu können beispielhaft genannt werden

- eine sofortige zinsfreie Aussetzung der Gewerbesteuerrückzahlung der Kommunen und die Aussetzung der Finanzausgleichsumlage nach dem Finanzausgleichsgesetz des Freistaates Sachsen,
- die mittelfristige Bildung einer länderübergreifenden "Sonderwirtschaftszone Lausitz" mit entsprechenden Steuervergünstigungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben (z. B. chemische Industrie, Kraftstofferzeugung auf Basis der Braunkohle, Einrichtung von Forschungsinstituten zur Weiterentwicklung zur stofflichen Nutzung vorhandener Bodenschätze wie Braunkohle und Kupfer), die mit der Entwicklung alternativer und innovativer Industriezweige gekoppelt wird und damit der Lausitz eine neue wirtschaftliche Perspektive zu geben und
- bevorzugte Unterstützung beschäftigungsrelevanter Industrieansiedlungen in der Lausitz durch die vorhandenen Wirtschaftsförderungsgesellschaften des Bundes und der Länder Brandenburg und Sachsen.

Ein kurzfristig wirksames aber langfristig angelegtes Strategie- und Strukturkonzept „Energiewende Lausitz“, das nach dem "bottom up"-Prinzip erstellt wird, basiert aus Sicht der Kommunen in jedem Falle auf einer zumindest mittelfristigen Absicherung der regionalen Energiewirtschaft mit der Förderung und Verstromung des Rohstoffes Braunkohle.

Aktuell bedarf es dazu einer aktiven Vernetzung und Kommunikation aller Partner auf Augenhöhe. Die Ausgestaltung des Zeitraums bis zum Ende der Nutzung von Braunkohle muss dabei als weitsichtige und langfristige Entwicklungsstrategie ohne jegliche Denkverbote erfolgen, fair und berechenbar, unabhängig von Legislaturperioden auf der Ebene von Bund und Ländern. Dies muss auch kurzfristiges Handeln und Gegensteuern zulassen, um ggf. auf unerwartete Entwicklungen qualifiziert und nicht nur als „Krisenintervention“ reagieren zu können.

Die Kommunen hoffen, dass der Bund und die Länder der betroffenen Region und damit allen Betroffenen in dieser Zeit des Umbruchs zur Seite stehen und finanzielle und organisatorische Unterstützung für den Strukturwandel unkompliziert umsetzt.

Die Bürgermeister der betroffenen Kommunen in der Lausitz freuen sich auf einen konstruktiven Austausch mit den zuständigen Ministerien in Bund und den Ländern.

Nur gemeinsam schaffen wir den Strukturwandel.

Zu Gesprächen und zum Austausch über die Bewältigung dieser Aufgabe stehen wir jederzeit bereit und laden Sie recht herzlich zu einer gemeinsamen Diskussion über die Zukunft der „Energierregion Lausitz“ ein.

(Ober-)/Bürgermeister(innen), Amtsdirektor(inn)en aus der Lausitz

im Oktober 2015